



Fremdvergabe, Werkverträge, Leiharbeit: Zeit für eine Zwischenbilanz

Es ist höchste Zeit für eine Zwischenbilanz. Zu einer ehrlichen Zwischenbilanz gehört Offenheit und da, wo nötig, eine klare Sprache. Das hat nichts mit „Schlammschlacht“ oder „Spaltung“ zu tun. Was wir brauchen, ist Klarheit und nicht Drum-herum-Reden oder leere Einheitsbeteuerungen. Es geht um eine Zwischenbilanz und nicht um eine Bilanz, weil wir nach wie vor davon ausgehen, dass der Kampf gegen Fremdvergabe, gegen Werkverträge und Leiharbeit noch lange nicht beendet ist. Im Gegenteil.

Die Bremer Belegschaft kann die Fremdvergabe verhindern

Ja, denn wir sind mitten im Neuanlauf. Hunderte von Millionen wurden in Bremen investiert und ein Abzug der Produktion aus Bremen von heute auf morgen ist überhaupt nicht möglich. Daimler braucht die Produktion in Bremen. Sie müssen und sie wollen Autos bauen lassen – allerdings von Leiharbeitern und mithilfe von Werkverträgen. Es geht ihnen also um nichts, als um Lohndrückerei und Entrechtung, um weitere Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, um Friedhofsruhe. Weil sie also die Stückzahlen unbedingt brauchen, deswegen können wir ihnen ihre Fremdvergabespelchen auch austreiben. Unbedingte Voraussetzung dafür ist, dass der Kampf weiter geht, nicht ausgesessen oder gar eingeschlüfert wird, dass die Mannschaft am Ball bleibt und sich nicht ausbremsen lässt. Und vor allem, dass sich mehr an den Auseinandersetzungen beteiligen (1.200 sind gut, aber auf Dauer nicht genügend).

Nicht schlecht gestaunt haben die Kollegen bei BMW in München und Regensburg, vor Nürnberger oder Frankfurter Betrieben, als sie durch Flugblätter von den Bremer Streiks erfuhren. Rund 300 Solidaritätsunterschriften wurden uns übergeben und immer wieder die Bitte, sie auf dem Laufenden zu halten über unseren Kampf. Wäre die IG Metall ihrer Aufgabe nachgekommen, Werkverträge und Leiharbeit konsequent und flächendeckend zu bekämpfen, statt sie zu „regulieren“, hätten unsere Aktionen viel größere Dimensionen erreichen können.

Die Kolleginnen und Kollegen haben einen ausgezeichneten Kampf geführt

In vier Streiks haben sie gezeigt, dass sie Fremdvergaben und Erpressungen nicht kampfflos hinnehmen. Fast 9.000 haben sich insgesamt beteiligt. Am 1. Oktober haben 1.200 Kollegen beschlossen, den Protest auch an die Öffentlichkeit, also auf die

Straße zu tragen. Sie haben gelernt, dass es nicht bei den freundlichen Informationsrunden mit dem Werkleiter vor dem Krawattenbunker bleiben kann. In vielen Runden wurde, wie auch auf der Betriebsversammlung, über Streik diskutiert. Es muss eine Schippe drauf gelegt werden, war die überwiegende Meinung.

Vertrauenskörperleitung, Betriebsrat und IGM haben versagt

Nach einem guten Aufschlag, hatten die Kollegen sehr schnell das Gefühl, dass der Motor wieder ins Stottern kam, bzw. dass VKL und Betriebsrat mehrheitlich mit angezogener Handbremse fuhren. Sollte es das schon gewesen sein? Der Druck aus den Hallen war da. Was fehlte, war die Führungsrolle der VKL. Es gab zu viele Gegner weiterer Aktionen und es gab zu viele Zauderer und Hasenfüße. Es gab Betriebsräte, die den Kollegen davon abrieten, rauszugehen, die, mit dem Kaffee-Becher in der Hand, den Kollegen zuschauten, als sie auf die Straße demonstrierten. Es gab Angstmache und eine Menge dummer Sprüche und wieder die hirnlose Hetze gegen „die

Roten“. Das mag alles ganz nett am Stimmtisch sein (wer's mag), aber da, wo es um konkretes Handeln, um den Kampf gegen Fremdvergabe geht, fallen diese Leute der Belegschaft in den Rücken. Also sind sie falsch auf ihrem Platz und müssen schlicht und einfach ersetzt werden durch kämpferische Kolleginnen und Kollegen. Erschütternd war und ist das Schweigen der Bremer IG Metall zu den Kämpfen. Statt dessen ein nettes Foto auf der Regionalseite in der „metall“ zur Spendenübergabe an die „Bremer Suppenengel“, dafür ein Hauptartikel, in dem ein BR-Vorsitzender der Daimler-Zentrale sich für „sinnvolle“ Werkverträge und Leiharbeit auslassen darf – aber nicht ein Wort zu den Streiks im Bremer Werk. Keine Information oder Mobilisierung anderer Betriebe in Bremen oder in der Republik. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt.

3 Wochen verordnete Pause bei den Aktionen haben ein Übriges dazu getan, den Widerstand der Belegschaft ins künstliche Koma zu versetzen. Die Unentschlossenen, Ängstlichen und Schwächsten unter den Kollegen wurden zum Maßstab genommen, nicht der Teil der entschlossenen Kollegen. Hinter den „Wenn“ und

In letzter Minute:

Am Dienstag, den 26.11., haben die Kollegen der Achslogistik in Wörth für über eine Stunde Bandstillstand gesorgt. Grund: Sie wollten von ihrem Informationsrecht über die geplante Fremdvergabe ihres Bereichs Gebrauch machen.

Wir grüßen die Wörther Kollegen!



„Aber“ kann man sich gut verstecken, um weiter vor sich hin dösen zu können.

Vorläufiges Fazit

- Die Kolleginnen und Kollegen haben einen ordentlichen Kampf begonnen
- Der Kampf gegen die Fremdvergabe ist noch lange nicht verloren – er muss weiter geführt werden
- Unsere gewerkschaftlichen Organe haben versagt
- Diejenigen Betriebsräte und Vertrauensleute, die die Kollegen zurück gehalten, sie nicht informiert und mobilisiert haben, gehören ersetzt. Zauderer müssen ihren Platz für Andere frei machen. Denn so können wir keinen Kampf gewinnen. Diskutiert das in den Bereichen, denn Ihr kennt sie mit Gesicht und Namen. Nicht nur in Hinblick auf kommende Wahlen.

Wie weiter?

Eine Zwischenbilanz ist auch notwendig, um zu wissen, wie es weiter gehen soll. Jede und Jeder weiß inzwischen, dass die Angriffe von Vorstand und Werkleitung weitergehen werden. Das gibt es schriftlich, im „Strategie 2020“-Papier, in der „Referenzfabrik“. Dort steht es schwarz auf weiß. Und sogar per Foto stellen sie dort dar, was sie aus uns machen werden: Eine bis auf den letzten Tropfen ausgequetschte Zitrone.

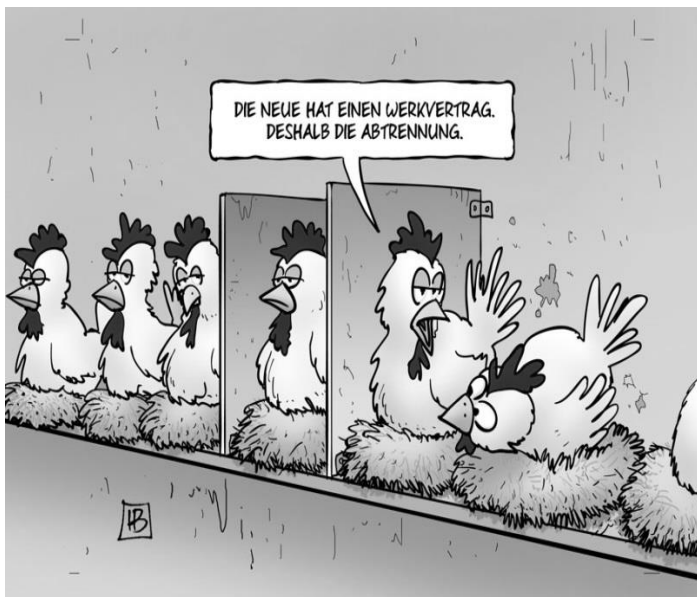
Wer also den Kampf gegen Fremdvergabe, Werkverträge und Leiharbeit für verloren und beendet erklärt, begeht Verrat an Seinesgleichen, an den Niedriglöhnern, an seinen eigenen Kindern. Wer den Kampf durch Friedhofsruhe zu ersetzen versucht, steht auf der anderen Seite und gehört zum Teufel gejagt.

Halten wir Augen und Ohren offen, wenn es um Fremdvergabe geht. „Wir müssen die Sache selber in die Hand nehmen, wir müssen uns selbst über die Hallen und Schichten hinweg organisieren“ – das war das Ergebnis vieler Diskussionen aktiver Kollegen, nachdem die erste Wut über das „Einschläfern“ des Kampfes verraucht war. Die Vertrauensleute aller drei Schichten aus der Halle 8 haben dazu eine klare Stellungnahme abgegeben, in der es unter anderem heißt:

„Die Werkleitung hat mit der neuerlichen Fremdvergabe in Halle 3 bewiesen, dass sie aus den Auseinandersetzungen nichts gelernt hat: Sie vergibt munter weiter fremd.

Sollte die Werkleitung im Glauben sein, dass jetzt wieder die Friedhofsruhe im Werk eingekehrt ist, täuscht sie sich gewaltig. Wir werden auch weiterhin mit aller Entschiedenheit gegen Fremdvergabe, Werkverträge und Leiharbeit kämpfen. Seien Sie sich dessen gewiss!“

Dem ist eigentlich nichts mehr hinzuzufügen. Außer einem: Wir wollen Eure Meinung hören. Wir wollen mit Euch darüber diskutieren, wenn nötig auch streiten, wie es weiter gehen soll.



Einige (von der NSA abgehörte) Telefonate:

VK-Leiter an Ortsverwaltung: „Volker, der Dieter wird doch jetzt SPD-Chef in Bremen. Sag ihm doch mal, das mit der Fremdvergabe und mit der Leiharbeit geht so nicht weiter. Die Kollegen steigen uns auf s Dach. Der soll sich doch mal in Berlin, bei Sigmar ins Zeug legen...“

Volker an Dieter: „Mensch Dieter, sag mal den Genossen in Berlin ...“

Dieter an Sigmar: „Genosse Sigmar, die Arbeiter bei Mercedes in Bremen werden langsam unruhig...“

Sigmar an Dieter: „Ja, versteh ich ja. Aber Du weißt doch, wie die CDU mauert. Grade haben wir ihnen die Frauenquote in Aufsichtsräten und den Mindestlohn abgerungen, das war wirklich hart. Du kannst Dir gar nicht vorstellen, wie wir in der Großen Koalition Rücksichten nehmen müssen ... Sag doch einfach den Kollegen, dass sie uns in 4 Jahren wählen sollen, dann können wir das alles ändern!“

„Hungerlohn am Fließband“

Am 18. September fand unsere Veranstaltung „Hungerlohn am Fließband“, gegen Leiharbeit und Werkverträge, mit über 70 Besuchern aus verschiedenen Betrieben, im DGB-Haus statt. Die Undercover-Reportage des SWR zeigte, wie Daimler sich, durch die Nutzung billiger Leiharbeiter, den Bau von Luxuskarossen letztendlich vom Staat (also aus unseren Steuern!) subventionieren lässt. Der bekannte Arbeitsrechtler, Prof. Wolfgang Däubler, betrachtete Werkverträge und Leiharbeit von der juristischen Seite. Karl-Heinz Roth, Autor und Herausgeber des „Daimler-Benz-Buches“, stellte die geschichtlichen Parallelen bei die Rolle des Daimler-Konzerns bei Zwangsarbeit und Lohnbewertungssystemen her. Gerhard Kupfer zog die Linie von der Leiharbeit heute hin zur

Zwangsarbeit im Faschismus, als Maßnahmen der Kriegsvorbereitung. Nach der Diskussion verabschiedeten wir einen

Offenen Brief an den 2. Vorsitzenden der IG Metall, Detlef Wetzels, der sich bereit erklärt hat, über niedrigere Tarife zu reden, um die „Werkverträge einzufangen“. Zu Beginn wurde noch ein Solidaritätsschreiben von Günter Wallraff verlesen, der sich u.a. dagegen verwahrte, dass Journalisten, die solche Schweinereien (wie im Film) aufdecken, mit juristischen Klagen von den Tätern verfolgt werden, um sie mundtot zu machen.

Die Veranstaltung, die unterstützt wurde von der Stiftung Menschenwürde und Arbeitswelt, war eine wichtige Begleitung unseres Kampfes gegen die Fremdvergabe im Betrieb.



Eine Sache der Solidarität – Oder was bringt uns die Zukunft

Im Herbst 2012 wurde der Betriebsrat des Presswerkes das erste Mal von dem Vorhaben des Arbeitgebers, die Pausen durchzufahren informiert. Als die ersten Diskussionen aufkamen eine Betriebsvereinbarung zu entwerfen, kündigte der Arbeitgeber nach kurzer Zeit weitere Maßnahmen für 2014 an, wie z.B. die Einrichtung einer sechsten Nachtschicht, Regelsamstag in der Frühschicht und samstags Spätschicht, Absageschichten und Schichtverlängerungen bis der Arzt kommt. Auch das waren gute Gründe für das Betriebsratsgremium das Pausendurchfahren abzulehnen. Hinzu kommt das Thema älter werdende Belegschaft und das Abschieben von Kollegen, die nicht mehr zu 100% eingesetzt werden können, weil der Arbeitgeber durch die Fremdvergabe einschränkungsgerechte Arbeitsplätze systematisch zunichte gemacht hat. Sein wahres Gesicht zeigt der Arbeitgeber, indem er erkrankte Kollegen kündigt umso das Thema Generationen Management auf ganz perfide Art zu „gestalten“. In dieser Situation fand am 8. November die Einigungsstelle zum flexiblen Pausendurchfahren statt. Das Kollegeninfo Nr. 528 schrieb dazu folgendes: „Auch da braucht der Betriebsrat die tatkräftige Unterstützung der Belegschaft, um der Einigungsstellenvorsitzenden klar zu machen: mit uns keine Erhöhung Belastung nur für Stückzahlen, wir benötigen Entlastung und kein Pausendurchfahren!“ Diese Haltung ist zu unterstützen! Das Ergebnis der Einigungsstelle: Man einigte sich in den Abendstunden auf eine Rahmenbetriebsvereinbarung zum Pausendurchfahren (Abstimmungsergebnis im BR-Gremium: Mehrheitliche Annahme). Außerdem wurde durch

eine Protokollnotiz die Rahmenvereinbarung für eine Pressenstraße konkret gemacht, weitere können zukünftig dazu kommen. „So kann es weiter gehen“, signalisierte sichtlich zufrieden ein Centerleiter in der Einigungsstelle. Da sind wir aber entschieden dagegen, genau so darf es eben nicht weiter gehen. Obwohl die Vorstellungen der Werkleitung für 2014 genau das vorsehen. Die beinhalten nämlich weitere fünf Anlaufsonderschichten und vier Vorholschichten je Mitarbeiter, sowie 20 Schichtverlängerungen und am Ende des Jahres weitere Maßnahmen, um das Jahresprogramm zu erfüllen. Wenn wir gegen als das angehen wollen ist es dringend notwendig, dass wir das Gesamtpaket sehen und uns nicht in einzelne Bereiche oder Hallen spalten lassen. Und in das Paket gehört auch die Fremdvergabe. Spalten lassen dürfen wir uns auch nicht zwischen den Werken, deswegen ist es wichtig das der Beschluss der großen Vertrauensleuteversammlung mit den Vertrauensleuten aus Sindelfingen und anderen Werken zusammen zu kommen, umgesetzt wird (Beschlossen am 09.10.13 auf Antrag von Gerwin Goldstein und Herbert Mogck). Es kann nicht sein, dass wir uns sehenden Auges unsere Zukunft und die unserer Kinder aus den Händen nehmen lassen und durch gierige Manager mit ihren Millionengagen zerstören lassen. Wir, als Gewerkschafter müssen Flagge zeigen! Der 1. Oktober war eindeutig das richtige Signal! Allen muss klar sein, dass wenn wir still halten, die Scheibchen schneller geschnitten werden als wir gucken können.

Demokratie-Ausverkauf für 8,50 Euro?

„Eine Große Koalition hat aus unserer Sicht nur dann Sinn, wenn sie tatsächlich auch Großes für rund 40 Millionen arbeitende Menschen in diesem Land bewirkt“ – so der DGB-Vorsitzende Michael Sommer auf dem jüngst IG Metall-Gewerkschaftstag. Mag der liebe Gott ihm seinen kindlichen Glauben bewahren, nur die Realität ist eine völlig andere. Es scheint völlig an Herrn Sommer, wie auch an der IG Metall-Führung vorbei gegangen zu sein, dass eine Große Koalition nicht nur die demokratischen Rechte der Opposition außer Kraft setzen, sondern den ganzen bürgerlichen Parlamentarismus aushebeln würde. Warum? Die Opposition hätte auf Grund ihres geringen Stimmenanteils nicht mehr das Recht, in Ausschüssen vertreten zu sein. Das hieße, die „großen“ Parteien könnten, ohne jegliche Kontrolle, schalten und walten, wie sie wollen. Und da sich Merkel und Gabriel offensichtlich so nahe gekommen sind, dass sie bereit sind, miteinander ins Bett zu steigen, wäre dieses Traumpaar so eine Art Ermächtigungsregierung, die hemmungslos gegen das Volk regieren kann – ohne jegliche, demokratisch legitimierte Kontrolle. Was wir alles schon mal hatten in der Weimarer Republik.

Und die SPD? Sie inszeniert ein Riesentheater und verkauft das letzte Stückchen Demokratie für 8,50 Euro Mindestlohn. Und nicht einmal dieser Betrug ist gesichert, weil CDU und Kapital der Meinung sind, dass 1400 Euro brutto zu viel zum Sterben sind. Die SPD will damit vergessen machen, dass sie es war, die vor 10 Jahren die Hartz-Gesetze eingeführt und damit den sozialen Absturz von Millionen von Menschen verursacht hat.

Um zu wissen, was uns von dieser kommenden Ermächtigungsregierung erwartet, muss man kein Prophet sein. Die weltweite Konkurrenzkrieg, die immer stärker werdenden Angriffe gegen das eigene Volk, wie auch gegen andere Völker erfordern eine „Volksgemeinschaft“, die weder Widerstand, noch Opposition duldet. Für dieses Schmutzgeschäft braucht man eine SPD vorläufig noch.



Angesichts der drohenden Ermächtigungsregierung, auch verharmlosend „Große Koalition“ genannt, wäre es Aufgabe der Gewerkschaften, dagegen mobil zu machen, den Kampf gegen Leiharbeit, Werkverträge, Niedriglöhne, Rentensenkung, usw. endlich wirklich zu führen. Angesichts dessen ist es fatal, wenn bei den Mitgliedern Erwartungen geschürt werden in diese

„Große Koalition“ (Bertold Huber: „Wenn nun 32% der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer die Union gewählt haben, ist das ein klarer Auftrag für Frau Merkel“). Noch übler ist es, eine Kanzlerin vor dem höchsten Gremium der IG Metall reden zu lassen, die nur die Interessen des Großen Geldes vertritt.

Bei all dem müssen die Alarmglocken schrillen, zumindest eine schwache Erinnerung an den Paragraphen 2 der IG Metall-Satzung hochkommen: „Die IG Metall wahrt und verteidigt die freiheitlich-demokratische Grundordnung sowie die demokratischen Grundrechte“. Dafür darf sie, laut Satzung, nötigenfalls zum Streik aufrufen.

Schlaglichter zur Weltwirtschaftskrise

„43 Millionen Menschen in Europa haben nicht die Möglichkeit, sich aus eigenen Mitteln mit Essen zu versorgen. 120 Millionen Europäer sind demnach armutsgefährdet“ (Spiegel online, nach einer Studie des Internationalen Roten Kreuzes).

„12,9 Billionen Dollar beträgt das Privatvermögen der Deutschen. Um beachtliche zehn Prozent ist es in den vergangenen 12 Monaten gewachsen“ ...“Und die Zahl der Deutschen, die mehr als eine Million Dollar besitzen, stieg um gut 200.000 auf nunmehr 1,7 Millionen.“ (Handelsblatt, 10.10.2013)

„Im Westen lebten 2008 reichere Rentner durchschnittlich 4,8 Jahre länger, im Osten sogar 5,6 Jahre, Mitte der 1990er Jahre waren es nur 3, bzw. 3,5 Jahre. 65-Jährige mit sehr kleinen Renten durften im Jahr 2008 mit einer Lebenserwartung von 79,8 Jahren rechnen. Für gleichaltrige Rentner mit hohen Bezügen ergab sich dagegen eine Lebenserwartung von 84,3 Jahren.“ („Telepolis“, 10.10.2013, nach Max-Planck-Institut).

Wer Frieden macht mit dem Militär, ist für Streikbruch, für den Krieg gegen uns Arbeiter, für den Krieg gegen andere Länder!

DGB-Chef Sommer hat sich im Frühjahr mit Kriegsminister de Maizière zum Schulterchluss mit dem Militarismus getroffen, der in unserer Geschichte Millionen von Arbeitern das Leben gekostet hat. Weil das nicht zuletzt gegen gewerkschaftliche Beschlüsse verstößt, hat es dagegen Proteste gegeben. Zuletzt waren auch Kollegen aus unserem Werk Teil einer Delegation aus verschiedenen Betrieben und Städten, die im Juli dem DGB-Vorstand Protestresolutionen und Unterschriften übergeben wollten. Wir, allesamt Gewerkschafter, wurden aus der DGB-Zentrale in Berlin ausgesperrt. Herr Sommer, der dem Kriegsminister wenige Monate zuvor Tür und Tor geöffnet hatte, verweigerte seinen Mitgliedern den Zutritt!

Jetzt geht der Verrat weiter. Um seinen Kurs zu untermauern und um die Kriegsgegner nun endgültig mundtot zu machen, lädt Herr Sommer zu einem „Friedens- und Sicherheitspolitischen Workshop“ am 30. Oktober, in Berlin ein.

In den Betrieben hat der Krieg gegen die Arbeiter längst begonnen: Leiharbeit, als Vorstufe zur Zwangsarbeit; Niedriglöhne, die ganze Familien ins Elend zwingen und auch ganze Völker niederkonkurrieren; Arbeitshetze und Kommando-Ton an den Bändern, als Kostprobe dafür, was dem Arbeiter blüht, wenn er sich, mit dem Stahlhelm auf dem Schädel, gegen andere Arbeiter in's Feld schicken lässt. Auch in diesem Krieg setzen die Führer unserer Gewerkschaften lieber auf Sozialpartnerschaft mit dem Gegner. Der nächste Schritt, eben jene Kumpanei mit dem Militarismus, hat schon einmal einen Weltbrand ermöglicht.

„Ein drittes Mal – Mit uns nie wieder“ ist seit Jahren unsere Losung. Deswegen unterstützen wir die internationale Antikriegs-

aktion „Klassenkampf statt Weltkrieg“. Deshalb kämpfen wir gegen Fremdvergabe, Werkverträge und Leiharbeit. Deshalb bekämpfen wir entschieden den Verrat in den eigenen Reihen, um unsere Gewerkschaften endlich zu Kampforganisationen zu machen.



Dieses Flugblatt wurde geschrieben, verteilt und finanziert von Vertrauensleuten und Betriebsräten des Daimler-Werkes Bremen.

Kontakt: Jochen Kohrt, H 3 (Tel. 90442) / Herbert Mogck, H 4/6 (Tel. 90575) / Gerwin Goldstein, LOG/Indir. (Tel. 90600) / Frank Kotte, H 8 (Tel. 3804) / Gerhard Kupfer, H 8 (Tel. 91959) / Uwe Müller, H 9 (Tel. 90728) / Julia Nanninga H 7 (Tel.6679) / und viele andere...

(November 2013)

E-Mail-Kontakt: gerwingoldstein@freenet.de - Spenden an: Sparda-Bank Hannover, BLZ:25090500, Konto-Nr.: 101637991, U. Müller, Stichwort: Flugblatt